



Antrag 17

Antragsteller: Jusos Düsseldorf + AsF
Adressat: SPD-Bundestagsfraktion

FRAU, LEBEN, FREIHEIT – FEMINISTISCHE AUßENPOLITIK FÜR IRAN

Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert folgende Maßnahmen umzusetzen, die das Regime im Iran schwächen und somit allen, die sich gegen das Regime stellen und für die Freiheit ihres Landes auf die Straßen ziehen, helfen sollen, insbesondere den iranischen Frauen, die seit Jahrzehnten der Repression und dem Terror der Mullahs ausgesetzt sind:

1. die Verhandlungen zum Wiederbeleben des Atomabkommens (JCPoA) - Joint Comprehensive Plan of Action – eingefroren werden.
2. Sanktionen gegen die Kollaborateure mit dem iranischen Regime durchgesetzt werden.

Begründung:

Die mutmaßliche Ermordung der jungen Kurdin Mahsa Amini in Polizeigewahrsam, nach der Verhaftung durch die Sittenpolizei, hat eine Protestwelle im Iran losgetreten. Ihr zu Grunde liegen die Menschenrechtsverletzungen, denen oftmals vor allem Mädchen und Frauen ausgesetzt sind. So ist Diskriminierung im Iran gegenüber Frauen eben keine Seltenheit, sondern systemisch bedingt und gewollt: Der Iran gehört mit nur vier weiteren Ländern zu den Nicht-Unterzeichnern der UN- Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung gegenüber Frauen. Diese abstrakt scheinende Tatsache jedoch zeigt für die Betroffenen gravierende Auswirkungen in Ihrem Leben:

- Durch die angewandte Scharia sind Frau in fast allen Rechtsbereichen stark benachteiligt.
- Frauen dürfen bestimmte Berufsgruppen wie das Richteramt nicht anstreben.
- Im Vergeltungsrecht haben Frauen ebenfalls nur den halben Wert eines Mannes.
- Vor Gericht zählt die Aussage einer Frau halb so viel wie die eines Mannes – oft werden Zeuginnen gar nicht erst angehört.
- Eine Frau muss ihrem Mann sexuell verfügbar sein, Vergewaltigung in der Ehe ist kein Tatbestand.
- In den aller meisten Fällen kann nur der Mann sich von seiner Frau scheiden und nicht auch umgekehrt.
- Gewalttätige Handlungen eines Mannes sind zunächst kein Scheidungsgrund.
- Ehrenmorde sind praktisch straffrei.
- Es herrscht Kopftuchpflicht.

Neben Frauen diskriminiert das Regime akribisch auch andere Gruppen. So werden homosexuelle Handlungen mit der Todesstrafe vergolten. Darüber hinaus werden LGBTIQ+ Personen mit Elektroschocks „behandelt“, um sie zu „heilen“. Prinzipiell gilt im Iran, dass Meinungsäußerungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit von den Behörden stark eingeschränkt werden.

Internetseiten von sozialen Medien werden zeitweise blockiert und kritische Medienbetriebe geschlossen.

Es kann nicht sein, dass die Deutsche Außenministerin Baerbock sich zu einer Feministischen Außenpolitik bekennt diese nach außen hin vertritt, jedoch einknickt, wenn es konkret um die Rechte von Mädchen, Frauen und Minderheiten geht. Jetzt braucht es ein klares solidarisches Signal der Bundesrepublik Deutschland mit den Protestierenden im Iran und im Exil. Daher muss die BRD klar signalisieren, dass sie das Regime im Iran nicht anerkennt und ihre handelnden Akteure und Institutionen sanktioniert werden.



Ordentlicher Parteitag
SPD Düsseldorf

54 Es geht darum die Protestierenden im Iran zu ermutigen und klar zu signalisieren, dass wir
55 uns solidarisch mit ihnen zeigen, und dass der Westen eben nicht wegschaut. Dass wir eine
56 Feministische Außenpolitik mit Leben füllen und uns dafür einsetzen, dass die Elite des
57 Regimes und ihre Organisation in Hamburg mit aller Schärfe sanktioniert werden.